

ÖGPW 3 – Länder – Tagung

„Politik und Persönlichkeit“

<http://www.oegpw.at/tagung06>

30. November bis 2. Dezember 2006

**Personalisierung und repräsentative Demokratie:
Wie viel Persönlichkeit verträgt die Demokratie?**

Von Jens Borchert

Personalisierung und repräsentative Demokratie: Wie viel Persönlichkeit verträgt die Demokratie?

Vortrag für die Tagung „Politik und Persönlichkeit“

Dreiländertagung von ÖGPW, DVPW, SVPW

Wien, 30. November – 2. Dezember 2006

Panel 1-1: Persönlichkeit / Subjekt / Charisma: Ein Konzept in der Politikwissenschaft?

PD Dr. Jens Borchert
Universität der Bundeswehr Hamburg
Institut für Politikwissenschaft
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg

Email: J-Borchert@web.de

1. Personalisierung ohne Persönlichkeit?

Politiker haben's auch nicht leicht. Zeigen sie Durchsetzungsvermögen, wird ihr autoritärer Führungsstil bemängelt. Drängt es sie mit Macht vor Kameras und Mikrofone, ist schnell von Personenkult und Egotrip die Rede. Die Personalisierung der Politik – auch gern als Amerikanisierung bezeichnet – zu kritisieren gehört zum Gemeingut von Wissenschaft, Medien und Stammtischen gleichermaßen.

Gleichzeitig produziert die Suche nach Persönlichkeit und Persönlichkeiten jedoch auch einen Kulturpessimismus ganz anderer Art: Demnach mangelt es heute in der Politik an jenen kantigen Persönlichkeiten, mit denen wir einst überreich gesegnet waren. Kein Franz-Josef Strauss mehr, Einserabiturient und Bierzeltagitator, begnadeter Rhetoriker und bajuwarischer Kampftrinker, glühender Antikommunist und (vorläufiger) Retter der DDR. Und auch kein Herbert Wehner, der die programmatische Öffnung der SPD zur Volkspartei mit den Umgangsformen des Altstalinisten auf das Prächtigeste zu verbinden wußte und daneben mit seinen legendären Zwischenrufen im Bundestag auch zur Volksbelustigung beitrug. Auch kein Konrad Adenauer oder Willy Brandt, Theodor Heuss oder Carlo Schmid. Ja, rückblickend erscheint selbst der in den frühen 80ern noch ob seiner Gestalt als „Birne“ verspottete Helmut Kohl als charismatische Gestalt und auch den Reden und schlagfertigen Zwischenrufen des jungen Joschka Fischer trauern viele noch nach. Zwar war noch nie so viel mediale Prominenz wie heute – aber gleichzeitig genügt das Personal den Ansprüchen des Publikums nur sehr bedingt. Kurzum: es herrscht ein Mangel an Persönlichkeiten, mausgraue Uniformität prägt die Berliner Republik.

Beide Befunde – jener der übermäßigen Personalisierung der Politik in Wahlkämpfen wie im politischen Alltag ebenso wie jener des Mangels an herausragenden Persönlichkeiten – sind jenseits bei aller Ironisierung nicht einfach von der Hand zu weisen. Die Phänomene, die hier beklagt werden, sind tatsächlich zu beobachten, auch wenn uns die Vergangenheit oft in einem allzu verklärten Licht erscheint. Die Auseinandersetzung und öffentliche Debatte über zentrale inhaltliche Fragen sind gegenüber der Präsentation von Personen offenkundig in den Hintergrund getreten (für eine Gegenposition vgl. Linden 2003). Selbst die blassesten Parteiapparatschiks führen ihre Landtags- oder Bürgermeisterwahlkämpfe als

Möchtegern-Charismatiker und lassen das Parteilogo auf den Plakaten ganz klein drucken oder verzichten gänzlich darauf, damit es ihre persönliche Ausstrahlung bloß nicht beeinträchtigen möge.

Gleichzeitig mit der Personalisierung produziert die Politik aber eben nicht – und immer weniger – genau die Persönlichkeiten, die ihr diese Strategie der Personalisierung tragen könnten. Die kurze und politisch eher unergiebigere Ära des Medienkanzlers Schröder hat darüber hinweggetäuscht, daß die Personalisierung und Mediatisierung der Politik nicht automatisch das hierfür funktional erforderliche medientaugliche politische Personal mitproduziert. Die politischen Parteien haben nach wie vor das Monopol auf die Rekrutierung des politischen Nachwuchses und die innerparteilichen Selektionskriterien sind offensichtlich – und zum Glück – andere als jene, welche die Rede von der „Mediendemokratie“ vermuten ließe. In Folge dessen taugt das real vorhandene politische Personal nur sehr bedingt zur Personalisierung und zur medialen Politikvermittlung. Der jeweils in Umfragen ermittelte populärste Politiker ist im Zweifelsfall dann eben doch nur der gerade am wenigsten unpopuläre.

2. Populismus und Demokratie

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion werden die Exzesse der Personalisierung häufig unter dem Stichwort „Populismus“ diskutiert, während das Personaltableau der Merkels und Becks, Westerwelles und Künasts als „Mangel an Charisma“ verbucht wird. Historisch gesehen wäre demnach eine Situation, in der die zahlreich vorhandenen Führungspersönlichkeiten nur wenig Entfaltungsmöglichkeiten hatten, durch einen Zustand abgelöst worden, in der die dramatisch gewachsene Nachfrage nach Persönlichkeiten nicht mehr befriedigt werden kann – von den institutionell eingetragenen „ohnmächtigen Charismatikern“ zum „führerlosen Populismus“ gewissermaßen.

Wie sind die Konzepte „Populismus“ und „Charisma“, die das persönliche Element in der Politik am stärksten hervorheben nun theoretisch mit der modernen Demokratie verbunden? Der Begriff des Populismus ist in Europa in den letzten fünfzehn bis 25 Jahren einer-

seits als allgemeines Niedergangsphänomen diskutiert, andererseits spezieller auf eine neue Spezies politisch rechtsgerichteter Protestparteien in Kontinentaleuropa mit zumeist sehr öffentlichkeitswirksamen Führungspersonlichkeiten an der Spitze (Haider, Le Pen, Blocher, Bossi, Fortuyn etc.) angewandt worden (vgl. etwa Betz 1994 sowie die Beiträge in Decker 2006 und Werz 2003). In diesem letzteren Sprachgebrauch war und ist der Populismus immer eine reaktionäre, xenophobe, ressentimentgeladene und latent antidemokratische Kraft, die mittels eines mehr oder minder charismatischen Führers auf irrationale Weise an die Massen appelliert und dabei gerade unter den „kleinen Leuten“, den von sozialem Abstieg Gefährdeten Erfolge erzielt.

Dieses Verständnis des Konzeptes – wie sein allgemein überwiegend negativer Gebrauch und seine Instrumentalisierung als Kampfbegriff der Rechten gegen die Linke und der Linken gegen die Rechten (vgl. Puhle 2003: 15, Dubiel 1986: 38-42) – ist jedoch sehr verkürzt. Entstanden ist das Konzept¹ zunächst bekanntlich in einem US-amerikanischen Kontext (vgl. Dubiel 1986: 35, Puhle 2003: 19-22). Hier war und ist es durchaus nicht so einseitig auf die politische Rechte beschränkt. Der amerikanische Populismus am Ende des 19. Jahrhunderts war eine agrarische – und zumindest zeitweise durchaus gemischtrassige – Protestbewegung. Ihr Anti-Establishment-Charakter und die klassenübergreifende Produzenten-Rhetorik wurden zum gemeinsamen Merkmal aller folgenden populistischen Bewegungen, zunächst in Nordamerika, später vor allem in Lateinamerika.

Insofern ist der Populismus nicht notwendigerweise „rechts“ und keinesfalls antidemokratisch² (vgl. hierzu Canovan 1999, Taggart 2004). Im Gegenteil: Der Populismus kann als Konfrontation der real existierenden repräsentativen Demokratie mit ihrem egalitären Versprechen verstanden werden. Nach Helmut Dubiel (1986: 33-35) markiert die Angst vor dem „Gespenst des Populismus“ die Überraschung der Eliten, daß „das Volk“ sich plötzlich und unerwartet bemerkbar macht. Der Populismus richtet sich immer gegen gesellschaftliche Machtungleichgewichte, die dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz zuwiderlaufen. Sein normativer Bezugspunkt ist die Volkssouveränität, die gegen ihre in-

¹ Allgemein zu den Problemen der Konzeptualisierung des Populismus vgl. Weyland 2001.

² Vgl. zur Fundierung eines „popular-demokratischen Populismus“ ausführlicher die Arbeiten von Ernesto Laclau (1981) und Stuart Hall (1988).

stitutionelle Einhegung und Überformung sowie gegen ihre Inanspruchnahme durch mächtige gesellschaftliche Partikularinteressen reklamiert und eingefordert wird.

Zeichneten sich die frühen populistischen Bewegungen gerade nicht durch die Fixierung auf eine Führerpersönlichkeit aus, so wurde dieses Merkmal später in Lateinamerika zu einem Markenzeichen des Populismus. Der Populismus verschmolz konzeptionell mit dem „caudillismo“, der iberamerikanischen Variante des Bonapartismus. Typischerweise waren es Ex-Generäle wie Juan Perón in Argentinien oder auch Getúlio Vargas in Brasilien, die einen Populismus verkörperten, der – im Gegensatz zum heutigen mitteleuropäischen Phänomen – auf einer Mobilisierung der Massen beruhte, denen eine Mischung aus symbolischer und sehr realer materieller Gratifikation angeboten wurde. Spezifische Merkmale dieses Populismus waren dabei stets die symbolische Aufladung und Überhöhung der Politik, die sich in der charismatischen Führergestalt und deren ikonenhafter Verehrung traf. Im einzelnen können in leichter Abwandlung von Kenneth Roberts (1995: 88; vgl. auch Fieschi 2004: 237-238; Werz 2003a: 50-51, 62) als zentrale Merkmale des Populismus gelten:

- eine personalistische und paternalistische Führerorientierung,
- der anti-elitäre Gestus einer (Volks-)Bewegung,
- eine eher eklektische und sehr flexible Ideologie, die jedoch klare Freund-Feind-Schemata aufweist,
- eine Mobilisierung an den etablierten Institutionen vorbei (oder gegen sie),
- ein klassenübergreifendes Projekt mit redistributiven und/oder klientelistischen Programmpunkten..

Typischerweise bildeten die populistischen Bewegungen – vor allem nach dem Tod der großen Führerfiguren (etwa in Brasilien auch schon zu Lebzeiten von Vargas) – rechte und linke Flügel heraus. Ebenfalls typischerweise überlebten diese Bewegungen ihre Führer. Bis heute wird das argentinische und z.T. auch das brasilianische Parteiensystem durch den expliziten und impliziten Bezug auf die populistische Bewegung geprägt. Das hat teilweise verheerende Folgen gehabt, ist jedoch auch immer wieder Ausgangspunkt für politische Erneuerungen gewesen: Man geht wohl nicht fehl, wenn man dem Peronismus spätestens unter Menem den wirtschaftlichen und politischen Ruin Argentinien anlastet. Andererseits

ist es aber eben nicht die anti-peronistische Opposition gewesen, die eine Erneuerung herbeigeführt hat, sondern der Linksperonist Kirchner. In Brasilien hat der „Getulismo“ oder „Trabalhismo“ die Entstehung einer starken linken Partei lange retardiert. Ein Teil der Erben des „trabalhismo“ unterstützt heute die Regierung Lula, während der andere – rechts-populistische – sie um so erbitterter bekämpft.

Die einzige vergleichbare europäische Erfahrung – der französische Gaullismus – weist in eine ähnliche Richtung. Auch der Gaullismus hat seinen Namenspatron lange überlebt. Gleichzeitig hat auch hier der lange Schatten des Populismus mit Symbolismus und Führerkult eine „Normalisierung“ der französischen Politik und des französischen Parteiensystems lange Zeit – und z.T. bis heute – behindert und auch auf die übrigen politischen Kräfte abgestrahlt. Dennoch sind auch hier Wandlungsprozesse unverkennbar, die am Ende in Richtung eines ganz normalen europäischen Konservatismus weisen.

Wir sollten daraus zum einen den Schluß ziehen, den Begriff des Populismus weder auf die neue radikale Rechte in Europa noch völlig unreflektiert auf Stilfragen des politischen Alltags und Phänomene des politischen Marketings anzuwenden. Gerhard Schröder hat sich mehr als einmal im populistischen Gestus versucht, von einer schröderistischen Massenbewegung, noch dazu einer, die ihn überdauern würde, mag wohl ernsthaft keiner sprechen.

Für unser Thema hier scheint eine zweite Schlußfolgerung wichtiger: Erfolgreiche populistische Bewegungen sind nachhaltige Störungen des „normalen“ demokratischen Prozesses, welche die Demokratie nicht unbedingt gefährden, wohl aber auf lange Sicht schwieriger machen. Warum ist das so? Die Zugehörigkeit zur populistischen Bewegung ist nicht primär Ausdruck einer sozialen Interessenlage oder einer lebensweltlichen Milieuzugehörigkeit, wie man das historisch für europäische Parteien sagen konnte. Sie ist vielmehr Ausdruck einer bewußten und gleichwohl höchst affektiven Entscheidung, die auf Dauer angelegt ist. Das Heilsversprechen des Populismus ist zwar höchst diesseitig, es verlangt seinen Anhängern jedoch einen langen Atem ab, den diese auch mit Begeisterung aufbringen. Politische Fehler im Alltagsgeschäft oder einzelne Sachentscheidungen können dieses tiefe personenbezogene Vertrauen nicht erschüttern. Erstaunlicherweise kann dies nicht einmal

der Tod des Führers. Nun ist dieser vielmehr vollends jeglicher politischer Verantwortlichkeit enthoben. Irren können nur noch seine Epigonen, die aber jederzeit austauschbar sind.

Neben der schieren Langlebigkeit der populistischen Bewegung – speziell jener, die einmal die Erfahrung gemacht hat, die Regierung stellen und damit die klientelistischen Aspekte ihres Projektes in Angriff nehmen zu können – hat der Populismus jedoch auch Folgen für das Institutionensystem und den politischen Wettbewerb. Mit seiner dezisionistischen und anti-institutionalistischen Stoßrichtung (vgl. auch Canovan 1999: 10) bewirkt der Populismus eine langfristige Schwächung des Institutionensystems. Im populistischen Verständnis sind die alten Institutionen in so starkem Maße in der Hand des verhaßten Establishments, daß man sie umgehen oder abschaffen muß. Dieses Mißtrauen den Institutionen gerade auch der repräsentativen Demokratie gegenüber ist tief verwurzelt und bleibt über lange Zeiträume bestehen – selbst wenn diese Institutionen inzwischen mehrheitlich durch Vertreter der populistischen Bewegung besetzt sind..

Ähnlich im politischen Wettbewerb: Als Konsequenz des populistischen Schwarz-Weiß-Denkens gewinnt dieser den Charakter eines Quasi-Glaubenskrieges, in dem für rationale Argumente und öffentliche Deliberation kein Platz sein kann. Der Kompromiß mit dem politischen Gegner in Sachfragen bleibt zwar prinzipiell möglich – und gerade die populistischen Führer selbst beweisen hier oft eine verblüffende Flexibilität –, aber er ist für die eigenen Anhänger stets schwer vermittelbar. Dies gilt insbesondere nach dem Tod des Führers, wenn im Zuge der Diadochenkämpfe jeder kompromißbereite Nachfolger befürchten muß, wegen Abweichung vom „heiligen Erbe“ attackiert und gestürzt zu werden. In diesen charakteristischen Kämpfen innerhalb der in ihren Traditionen befangenen Bewegung liegt denn auch häufig der Grund für ihren Niedergang (vgl. Taggart 2004: 276). Was bleibt ist jedoch eine gewisse Infizierung des gesamten politischen Systems mit dem „populistischen Virus“: Man wartet auf den charismatischen „Erlöser“. Es schlägt die Stunde der Prätendenten, wie sie im Kontext der argentinischen bzw. brasilianischen Politik Carlos Menem und Fernando Collor de Mello verkörpert haben. Aber darüber hinaus agieren alle späteren reformerischen Kräfte im langen Schatten des Populismus. Cardoso und Lula haben diese Bürde ebenso tragen müssen wie Alfonsín und Kirchner oder Mitterrand und nun Ségolène Royal. Erfolgreiche populistische Bewegungen bewirken also eine

langfristige Über-Personalisierung und Unter-Institutionalisierung des jeweiligen politischen Systems. Darin liegt vermutlich ihre größte Problematik.

3. Braucht die Demokratie Charisma?

Wir haben also gesehen, daß das Konzept des Populismus, das ursprünglich eine in ihrem materiellen Anliegen durchaus emanzipatorische Protestbewegung beschrieb, einen Bedeutungswandel vollzogen hat. Dabei ist zunächst die charismatische Führerfigur hinzugekommen, die heute den Bedeutungsgehalt des Konzeptes maßgeblich ausmacht. Das aufgrund der unscharfen anti-elitären Ideologie des Populismus immer schon angelegte regressive Element ist gleichzeitig – vor allem in der Außenwahrnehmung des Populismus – immer stärker geworden und hat im Verständnis des Konzeptes seine progressiven Anteile zunehmend überlagert, so daß der heute der deutsche und europäische politikwissenschaftliche Mainstream Populismus gar mit führerorientierten Rechtsparteien gleichsetzt. Man muß diese Einschätzung nicht teilen – und ich teile sie ausdrücklich nicht! –, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß Personalisierung und Persönlichkeitskult dem Populismus nicht gut getan haben. Was sagt uns das über den fast durchweg positiv konnotierten, aber doch offensichtlich verwandten Begriff des Charisma? Läßt sich Charisma auch ohne Populismus haben? Oder kontaminiert der oben beschriebene populistische Affekt nicht nahezu zwangsläufig jede durch charismatische Persönlichkeiten geprägte Politik?

Das Konzept des Charisma ist bis auf den heutigen Tag untrennbar mit den Schriften Max Webers zu den Typen von Herrschaft und Legitimität verbunden (vgl. Breuer 1994, Seubert 2002). Allerdings ist es erstaunlicherweise kaum als analytische Kategorie der Sozialwissenschaften genutzt worden, was vermutlich auch an gewissen konzeptionellen Schwächen und Uneindeutigkeiten des Konzeptes selbst liegt (vgl. dazu die Kritik von Seubert 2002). Charisma war für Weber eine mögliche Legitimitätsgrundlage von Herrschaft. Anders als bei traditionaler und rationaler Herrschaft ist sie an die Person des politischen Führers gekoppelt, die Qualitäten besitzt, „um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräften oder Eigenschaften [begabt] ... und deshalb als „Führer“ gewertet

wird“ (Weber 1972: 140). In seiner Beziehung zu seiner Gefolgschaft werden ihm jene außeralltäglichen, quasi-religiösen (messianischen) Qualitäten zugeschrieben, die das Charisma ausmachen. Charisma ist also eine relationale Kategorie und bemißt sich an der „Anerkennung durch die Beherrschten“ (ebenda).

Charisma bezeichnet also eine weder institutionell noch kulturell erzeugbare Zustimmungsbereitschaft. Ihre besondere Qualität gewinnt charismatische Herrschaft gerade dadurch, daß sie die „normalen“ – traditionellen oder legal-rationalen – Mechanismen der Politik aufbricht, ihnen „schroff entgegengesetzt“ ist (Weber 1972: 141). Im Kontext von Webers Schriften – gerade etwa von „Politik als Beruf“ – scheint es klar, daß dieses Aufbrechen einer im Zuge der Moderne – wie andere Sphären auch – zunehmend rationalisierten Politik für Weber den normativen Reiz des Charismas ausmachte (vgl. aber dagegen Egger 2006). Charisma eröffnet der Politik die Chance zur zumindest punktuellen Befreiung aus erstarrten, hoch-institutionalisierten Formen, die Weber als Kennzeichen der Moderne ansah (vgl. Seubert 2002: 1128). Punktuell ist die Befreiung deshalb, weil die bürokratische Rationalisierung der politischen Sphäre nahezu unaufhaltsam voranschreitet. Trotz der Unausweichlichkeit dieses Prozesses wird er für Weber durch das charismatische „Gegengift“ erst erträglich.

Aufgrund des außergewöhnlichen und labilen Charakters der charismatischen Legitimität bedarf es einer „Veralltäglichung des Charisma“, um Herrschaft längerfristig darauf stützen zu können (vgl. Seubert 2002: 1126). D.h., auch charismatische Herrschaft muß zu einem gewissen Grade organisiert, routinisiert und institutionalisiert werden, um überdauern zu können. Das Problem ist, daß sie dabei ihre eigenen Legitimationsgrundlagen aufzehrt und sich zunehmend weniger von traditionaler oder rational-legaler Herrschaft unterscheiden läßt. Insofern bleibt sie notwendigerweise immer instabil und prekär.

Das wirft die Frage auf, worin überhaupt der Bedarf für charismatische Führung besteht. Weber gibt die Antwort im Grunde bereits mit der Charakterisierung als außeralltäglich. Hat charismatische Herrschaft unter diktatorischen Vorzeichen einen primär verschleiern den Charakter, so trägt sie im demokratischen Rechtsstaat dazu bei, daß die Politik in Webers Sinne „als Kampf“ erkennbar bleibt. Politik ist für ihn immer Kampf – Kampf um

Macht, um Unterstützung, um materielle Vorteile („Pfründe“) und um Positionen. Dieser spezifische Charakter der Politik droht durch die alltägliche Erfahrung bürokratischer Formen, also durch die unpersönliche „Herrschaft des Rechts“ (Franz Neumann) überdeckt zu werden. (vgl. auch Roth 1987: 11). Wo nur noch namenlose und jederzeit austauschbare „Amtsträger“ walten, da wird Politik ihres tatsächlichen, notwendig immer konflikthaften Gehaltes entkleidet und damit neutralisiert (vgl. für die Gegenposition etwa Hennis 2000, von Blumenthal 2001).

In der Gegenwart läßt sich diese These im Anschluß an Weber noch radikalisieren. Zahlreiche zentrale Konzepte der modernen Politikwissenschaft stehen demnach im Dienste einer solchen Neutralisierung und bestreiten sowohl den konflikthaften Charakter von Politik wie die Notwendigkeit von Persönlichkeiten in der Politik. Dies gilt – in ganz unterschiedlicher Weise – etwa für die Konzepte Verhandlungsdemokratie, Governance, deliberative Demokratie und Output-Legitimation.

Indem die Verhandlungsdemokratie Konsens, Verhandlung, Kompromiß und Proporz zu zentralen Prinzipien erhebt, die politischen Institutionen entsprechend ausrichtet und diese Form der Institutionalisierung zu einer prinzipiell überlegenen erklärt, bestreitet sie alles, was nach Weber das Wesen der Politik ausmacht. Das Konzept der Governance geht einen Schritt weiter und bestreitet gleich sowohl die Zentralität des Staates als auch die Möglichkeit politischer Steuerung in einer immer komplexeren Welt. Damit wird der Webersche politische Kampf für gleichermaßen unmöglich wie überflüssig erklärt. Konzepte deliberativer Demokratie setzen auf den herrschaftsfreien Dialog zwischen Teilnehmern, die durch ihre Expertise und/oder Betroffenheit ausgewählt wurden. Eine weitere Legitimierung ist nicht vorgesehen, insofern besteht auch kein Bedarf an einer repräsentativen Beziehung zwischen Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern. Läßt sich Politik schließlich allein über ihre Ergebnisse legitimieren, wie es das Konzept der Output-Legitimation suggeriert, so bedarf es weder charismatischer Herrschaft noch überhaupt politischer Persönlichkeiten.

Man könnte also durchaus zu der Einschätzung kommen, daß die (Politik)Wissenschaft festgestellt habe, in der modernen Demokratie bestehe schlicht kein Bedarf mehr an Persönlichkeiten. Das medial multiplizierte Lamento über das Verschwinden charismatischer

Persönlichkeiten wäre somit nur eine nostalgische Reminiszenz an längst überholte Zeiten. Dem widerspricht allerdings ein Befund, den Edgar Grande (2000) vor einigen Jahren vorgetragen hat. Demnach ist der Bedarf an Charisma gerade parallel zur wachsenden Komplexität politischer Probleme wie politischer Vorgänge angestiegen, um so „dem Bürger eine systemkonforme Reduktion politischer Komplexität [zu] ermöglichen“ (Grande 2000: 137). Personalisierung der Politik dient heute also dazu, sich mit der allzu komplexen Realität nicht (oder doch wenigstens: nicht allzu intensiv) befassen zu müssen. Die hier von Grande noch angenommene funktionale („systemkonforme“) Inanspruchnahme des Charisma zur legitimatorischen und entlastenden Absicherung der Verhandlungsdemokratie erscheint ihm jedoch tatsächlich höchst prekär:

„Das Webersche Charisma-Konzept liefert freilich auch Anhaltspunkte dafür, daß die Interdependenzen zwischen Mediendemokratie und Verhandlungsdemokratie problematische Folgen haben können. Schließlich gilt das Charisma ... als die „revolutionäre Macht“ gegenüber der starren „Welt der Apparate und Betriebe“ und es ist ja nicht auszuschließen, daß auch jenes künstlich erzeugte Charisma der neuen Populisten und Opportunisten gegenüber der zeittypischen Form bürokratisch-rationaler Herrschaft, der Verhandlungsdemokratie, solche systemsprengenden Qualitäten besitzt. Das könnte zur Folge haben, daß mit der Personalisierung der Politik auf der Ebene der Mediendemokratie die Funktionsbedingungen der Verhandlungsdemokratie untergraben werden.“ (Grande 2000: 138-139)

Grande, dessen normative Präferenzen klar auf Seiten einer funktionierenden Verhandlungsdemokratie liegen, bestätigt also einerseits den Weberschen Befund, daß gerade die bürokratische Rationalisierung der Politik in einer Demokratie der Amtsträger eine Nachfrage nach politischen Persönlichkeiten erzeugt und bescheinigt andererseits einem solchermaßen freigesetzten Charisma eine subversive, ja: systemsprengende Kraft. Was aus seiner Sicht als eine Gefahr erscheint, kann durchaus auch als Chance der Demokratie gelesen werden, die offenbar immer noch reale Personen und Persönlichkeiten braucht, um sich Anerkennung zu verschaffen (vgl. auch Roth 1987: 15). In einem ähnlichen Sinne hat Margaret Canovan (1999: 11) auch den Populismus interpretiert, der die Funktion habe, als Korrektiv für den pragmatischen Alltag der Demokratie zu wirken und so u.a. den politischen Wettbewerb und die politische Verantwortlichkeit zu stärken.

4. Personalisierung und Demokratie: Wie viel Persönlichkeit braucht die Demokratie – und wie viel verträgt sie?

Ist dieser Bedarf nach einer Personalisierung der Politik nun tatsächlich nur den begrenzten intellektuellen Möglichkeiten des demokratischen Publikums geschuldet? Oder gibt es einen der Demokratie inhärenten Bedarf an Persönlichkeiten, der nicht nur ein bedauerlicher Defekt ist? Der Bedarf der Demokratie an Personalisierung ergibt sich m.E. aus dem demokratischen Grundprinzip der Zurechenbarkeit von politischen Entscheidungen. Mit dem Prinzip der Zurechenbarkeit wiederum ist jenes der politischen Verantwortlichkeit („accountability“) auf das Engste verbunden. Nur wenn politische Entscheidungen zurechenbar sind, kann politische Verantwortlichkeit entstehen und kann der Souverän das politische Personal zur Verantwortung ziehen. Das ist das Wesen der politischen Repräsentation und damit der repräsentativen Demokratie (vgl. Borchert 2003: 52-54). Dies trägt dem Wandel von der klassischen zur modernen Demokratie Rechnung, in der es nicht mehr darum geht, daß alle den gleichen Zugang zu – per Losentscheid vergebenen – politischen Ämtern haben, sondern darum, daß alle an der Auswahl der Amtsträger effektiv mitwirken können und die so Ausgewählten für ihre Entscheidungen verantwortlich machen können (Manin 1997: 234).

Umgekehrt sind verhandlungsdemokratische Strukturen eben nicht einfach die logische Antwort auf komplexe Probleme, sondern immer auch Ausdruck des Wunsches von Gewählten, eben *nicht* zur Verantwortung gezogen zu werden. Dieser Versuch, sich der eigenen Verantwortung und dem Zugriff der Bürger als „Sanktionsgemeinschaft“ zu entziehen erzeugt auf der anderen Seite Unwillen, da das demokratische Versprechen mindestens als Ahnung davon, daß es auch anders ginge, nicht ausrottbar ist. Dafür, daß dieses Versprechen nicht in Vergessenheit gerät, sorgen schon die periodisch stattfindenden Wahlen.

Demokratie hat – insbesondere durch den Wahlakt – notwendigerweise etwas mit Persönlichkeit(en) zu tun. Lediglich wenn man auf den Wahlakt verzichtet, braucht Demokratie nicht unbedingt Persönlichkeiten. Die direkte Demokratie wie auch die Bestimmung von Vertretungsorganen durch das Los – beides Verfahren, die im alten Athen nicht umsonst als *die* beiden Möglichkeiten demokratischer Herrschaftsausübung galten – kommen prin-

ziptuell ohne Führungspersonen aus, die eine direkte Beziehung zu den Bürgern herstellen (vgl. Manin 1997: 8-41). Im Prinzip – denn die Entscheidung in offenen Versammlungen führt fast zwangsläufig dazu, daß sich hier einzelne, rhetorisch Begabte hervortun und mit der Zeit einen bestimmenden Einfluß gewinnen.

Die repräsentative Demokratie ist heute überall an Wahlverfahren gebunden – das Los als Auswahlverfahren wird nirgends mehr ernsthaft erwogen. Damit aber ist die Bedeutung des Faktors „Persönlichkeit“ dramatisch angewachsen, denn jede Wahl ist gleichzeitig eine Entscheidung zwischen verschiedenen Persönlichkeiten. Egal wie man eine solche Wahl organisiert, unter welchem Wahlsystem sie also durchgeführt wird, in jedem Fall kommt es (auch) auf die Attraktivität der Kandidaten an. Dies kann ganz unmittelbar gelten, wenn in einem Wahlkreis einzelne Personen unter nur schwacher Beteiligung politischer Organisationen wie Parteien oder Verbänden gewählt werden. In diesem Fall konkurrieren primär Personen miteinander und die Wahl ist in erster Linie eine Persönlichkeitswahl. Es gilt jedoch selbst dann, wenn die Kontrolle über die Kandidatenaufstellung vollständig bei diesen politischen Organisationen liegt und die Wähler durch geschlossene Listen in einem Verhältniswahlsystem nur einen minimalen Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der zu wählenden Institution haben. In einem solchen System sind es die konkurrierenden Organisationen, die ein Interesse daran haben, ihren eigenen Stimmenanteil durch die Aufstellung attraktiver Kandidaten zu verbessern und sich so gewissermaßen eines entliehenen Charismas zu bemächtigen.

Repräsentativdemokratische Systeme sind in extrem unterschiedlichem Maße personalisiert. Die USA sind dabei zweifellos das am stärksten personalisierte System. Dies ist kein Betriebsunfall, sondern ein Konstruktionsprinzip der amerikanischen Demokratie. Neben der gegenseitigen Kontrolle formal völlig unabhängiger Verfassungsorgane macht die personalisierte Repräsentationsbeziehung zwischen Wählern und Gewählten dieses System maßgeblich aus, das sich auf politische Verantwortlichkeit und gegenseitige Kontrolle gründet. Das Ziel der Personalisierung ist dabei ein doppeltes, wie es James Madison in den „Federalist Papers“ so prägnant formulierte:

„The aim of every political Constitution is or ought to be first to obtain for rulers, men who possess most wisdom to discern, and most virtue to pursue the common good of the society; and in the next place, to take the most effectual precautions for them keep-

ing them virtuous, whilst they continue to hold their public trust.“ (Madison 1982 [1788]: 289)

Die ‐Tugendhaftigkeit‐, sprich: die Responsivität und Verantwortlichkeit von Politikern wird zum einen durch das Prinzip der Wahl gesichert. Wirksam kann dieses Instrument aber erst retrospektiv werden. Dazu freilich bedarf es einer trivial erscheinenden Voraussetzung: Die Politiker müssen genügend ambitioniert und karriereorientiert sein, um ihre Wiederwahl anzustreben. Erst das macht sie hinreichend anfällig für Sanktionen der Wähler. Diese Erkenntnis ist besonders klar von Joseph Schlesinger formuliert worden:

„A political system unable to kindle ambitions for office is as much in danger of breaking down as one unable to restrain ambitions. Representative government, above all, depends on a supply of men so driven; the desire for election and, more important, for reelection becomes the electorate’s restraint upon its public officials. No more irresponsible government is imaginable than one of high-minded men unconcerned for their political futures.“ (Schlesinger 1966: 2)

Anders herum muß allerdings auch das Wahlrecht so beschaffen sein, daß es eine Sanktionierung ad personam zuläßt. Die Depersonalisierung des Wahlrechts verhindert echte Zurechenbarkeit und beeinträchtigt die Repräsentationsbeziehung. Das gilt insbesondere, da die programmatische Selbstbindung von Parteien so dramatisch nachgelassen hat, daß Verantwortlichkeit auf diesem Wege kaum noch herzustellen ist.

Der amerikanische Fall zeigt allerdings auch sehr nachdrücklich die Nachteile einer konsequenten Personalisierung. Inhaltlich sind amerikanische Wahlkämpfe seit Jahrzehnten durch eine Entpolisierung gekennzeichnet. Positiv werben Kandidaten mit ihren mehr oder minder selbstverschuldeten Persönlichkeitsmerkmalen. Negativ werden politisch völlig irrelevante Aspekte des Privatlebens der jeweiligen Gegenkandidaten zur wichtigsten Muniton in Wahlkämpfen, die allzu häufig in sinnfreie Schlammschlachten ausarten, „während die Maßstäbe für tatsächlich kritikwürdiges öffentliches Verhalten zu verschwimmen drohen“ (Seubert 2002: 1125). Der erhebliche Finanz- und Organisationsbedarf der vielen ambitionierten Kandidaten wird durch interessierte Geldgeber gestillt, was wiederum zu einer systematischen Begünstigung finanzkräftiger Partikularinteressen führt.

Offenkundig stehen Persönlichkeit, Organisation und Institution in einem Spannungsverhältnis, in dem jede Verschiebung zu einer Seite zwangsläufig zu Lasten mindestens einer anderen Komponente geht. Wie wir oben gesehen haben, bewirken erfolgreiche populistische

sche Bewegungen eine Kombination von exzessiver Personalisierung und starker Organisation, die auf Kosten der politischen Institutionen geht. Das amerikanische Modell vereint konsequente Personalisierung mit einer ungeheuren Institutionenstabilität. Dazwischen werden allerdings die Parteien als die wichtigsten Organisationen der Interessenvermittlung in der repräsentativen Demokratie zerrieben. So gesehen verträgt die Demokratie einerseits offenbar eine Menge – auch an Personalisierung. Die demokratische Qualität der USA werden wohl nur wenige ernsthaft bestreiten. Allerdings kann man schon feststellen, daß ein Übermaß an Personalisierung eher ungesund ist.

Umgekehrt zeichnet sich das deutsche politische System – wie viele andere kontinentaleuropäische Systeme auch – durch einen hohen Grad an Institutionalisierung und starke Organisationen aus. Dies bewirkt eine tendenzielle Vernachlässigung der Personalisierung von Politik, also auch der persönlichen Verantwortlichkeit in der Demokratie (vgl. dazu Borchert 2003: 50-63). Die mediale Forderung nach mehr „echten Persönlichkeiten“, die Entstehung von politischen Protestbewegungen und -parteien, die sich aus dem populistischen Repertoire bedienen, und schließlich auch ein – im Grunde systemfremder – personalisierender und populistischer Politikstil „von oben“ – all diese Phänomene (vgl. dazu Puhle 2003: 41-43) sind dann Ausdruck des Versuchs, einer allgemein verspürten „Unterpersonalisierung“ der demokratischen Politik im Sinne eines Mangels von persönlicher Verantwortlichkeit entgegen zu wirken. D.h., es gibt nicht nur eine Obergrenze dessen, was die Demokratie an Personalisierung unbeschadet *verträgt*, sondern auch eine Untergrenze dessen, was sie an solcher Personalisierung *braucht*.

Wenn diese Diagnose stimmt, ist damit auch die Frage aufgeworfen, ob und wie man ein systemkonformes Maß an Personalisierung herstellen kann, ohne die Integrität der Verfassungsinstitutionen oder aber die Funktionsfähigkeit der politischen Organisationen zu beschädigen. Hierfür ist der allgegenwärtige mediale Personenkult offensichtlich untauglich, da er erkennbar künstlich personalisiert und das erzeugte „Charisma“ ein ebenso gut erkennbar völlig unauthentisches ist. Geeigneter erscheinen Veränderungen des Wahlrechts, welche über die rein formale – und daher ebenso unauthentische – Personalisierung durch die Erststimme im deutschen Wahlrecht auf Bundesebene hinausgehen. Die in der bundesdeutschen Geschichte immer wieder debattierte Einführung eines Mehrheitswahlsystems

würde zwar dieses Defizit beheben, aber angesichts der realen sozialen und regionalen Differenzierung der bundesdeutschen Gesellschaft unweigerlich zu anderen schwerwiegenden Repräsentationsdefiziten führen. Auf der anderen Seite würde die einst von Franz Münteferring vorgeschlagene Einführung von offenen Vorwahlen zur Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag die Parteien in Deutschland ebenso entscheidend schwächen, wie dies durch das gleiche Instrument in den USA geschah.

Möglicherweise wäre daher jene institutionelle Lösung, welche die Autoren der amerikanischen Verfassung für ganz andere Probleme ersannen, nicht die schlechteste: Bereits im Parlamentarischen Rat wurde neben dem Bundesrats- auch ein Senatsmodell nach amerikanischem Vorbild diskutiert. Im Kontext der Krise des deutschen Föderalismus brachte u.a. Fritz Scharpf diese Variante erneut in die Debatte, um so zu einer klareren Kompetenztrennung beizutragen. Gleichzeitig würde die Direktwahl z.B. von drei Senatoren je Bundesland – oder auch von ein bis drei bzw. zwei bis vier Senatoren je nach Bevölkerungszahl – jedoch auch zu einer Personalisierung der deutschen Politik beitragen, ohne daß dies auf Kosten der Verfassungsinstitutionen oder der Parteiendemokratie ginge. Im Gegenteil: Auf diese Weise entstünde mit einem deutschen Senat vermutlich auch ein Mechanismus für die Auswahl des politischen Spitzenpersonals der Parteien, wie ihn sich Weber (1972: 853-854) bereits bei seinen Überlegungen zur Weimarer Verfassung vorgestellt hatte.

Bibliographie

- Betz, Hans-Georg, 1994. *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. London:: Macmillan.
- Blumenthal, Julia von, 2001. *Amtsträger in der Parteiendemokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Borchert, Jens, 2003. *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt: Campus.
- Breuer, Stefan, 1994: *Bürokratie und Charisma. Zur politischen Soziologie Max Webers*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Canovan; Margaret, 1999. *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies*, 47: 2-16.
- Decker, Frank (Hrsg.), 2006. *Populismus*. Wiesbaden: VS.
- Dubiel, Helmut, 1986. *Das Gespenst des Populismus*, in: ders. (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt: Suhrkamp, 33-50.

- Egger, Stephan, 2006. Herrschaft, Staat und Massendemokratie. Max Webers politische Moderne im Kontext des Werks. Konstanz: UVK.
- Fieschi, Catherine, 2004. Introduction, in: *Journal of Political Ideologies*, 9: 235-240.
- Grande, Edgar, 2000. Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten, in: *Leviathan*, 28: 122-141.
- Hall, Stuart, 1988. Popular-Democratic vs. Authoritarian Populism: Two Ways of 'Taking Democracy Seriously', in: ders., *The Hard Road to Renewal*. London: Verso, 123-149.
- Hennis, Wilhelm, 2000. Amtsgedanke und Demokratiebegriff, in: ders., *Politikwissenschaft und politischer Denken*. Tübingen: Mohr, 127-147.
- Laclau, Ernesto, 1981. Zu einer Theorie des Populismus, in: ders., *Politik und Ideologie im Marxismus*. Berlin: Argument-Verlag, 123-175.
- Linden, Markus, 2003. Abschied von den Volksparteien? Zur These von der „Personalisierung der Politik“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 13: 1205-1234.
- Madison, James, 1787 [1788]. The Federalist No. 57, in: A. Hamilton, J. Madison und J. Jay, *The Federalist Papers*, hrsg. von G. Wills. New York: Bantam Books, 289-294.
- Manin, Bernard, 1997. *The Principles of Representative Government*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Puhle, Hans-Jürgen, 2003. Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neopopulismus und Demokratie, in: N. Werz (Hrsg.), *Populismus*. Opladen: Leske + Budrich, 15-43.
- Roberts, Kenneth, 1995. Neoliberalism and the Transformation of Populism in Latin America, in: *World Politics*, 48: 82-116.
- Roth, Günther, 1987. *Politische Herrschaft und persönliche Freiheit*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schlesinger, Joseph A., 1966. *Ambition and Politics*. Chicago: Rand McNally.
- Seubert, Sandra, 2002. Paradoxien des Charisma. Max Weber und die Politik des Vertrauens, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12: 1123-1148.
- Taggart, Paul, 2004. Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, in: *Journal of Political Ideologies*, 9: 269-288.
- Weber, Max, 1972. *Wirtschaft und Gesellschaft*. 5. Aufl., Tübingen: Mohr, Siebeck
- Werz, Nikolaus (Hrsg.), 2003. *Populismus*. Opladen: Leske + Budrich.
- Werz, Nikolaus, 2003a. Alte und neue Populisten in Lateinamerika, in: ders. (Hrsg.), *Populismus*. Opladen: Leske + Budrich, 45-64.
- Weyland, Kurt, 2001: Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics*, 34: 3-22.